



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die
lokalen Medien

04.02.04

Überflüssige Ordnungskonzepte

Presseerklärung

SPD und CDU überbieten sich an Vorschlägen zur Herstellung von Ordnung und Sicherheit in Dortmund, obwohl Dortmund nachweislich im Verhältnis zum Landesdurchschnitt nur eine geringe Steigerung von Straftaten aufzuweisen hat. Bemerkenswert ist, dass fast ein Drittel der Tatverdächtigen jünger als 21 Jahre ist, die auch in besonderem Umfang an Straßenraub beteiligt sind. Die sonstigen Straßenkriminalitätsdelikte sind deutlich zurückgegangen.

Die Statistik macht deutlich, dass sowohl die CDU mit ihrer law-and-order-Haltung als auch die SPD mit der etwas abgeschwächten Form einer Aufstockung von Präsenzkräften ohne hoheitliche Befugnisse die eigentliche Problematik nicht angehen. Diese besteht unter anderem in einer hohen Jugendarbeitslosigkeit und einer zunehmenden Zahl von Familien, die sozial ausgegrenzt sind und an der Armutsgrenze leben.

Wenn die CDU dafür plädiert, die über die Verlängerung der Wochenarbeitszeit rechnerisch freiwerdenden Stellen für die Aufstockung der Ordnungspartnerschaften einzusetzen, ist dies nicht nur populistisch, sondern auch insofern widersprüchlich, weil die CDU an anderer Stelle gerne den Abbau von Personal einfordert. Der Einsatz von Videokameras mag an Bankomaten sinnvoll sein, ist im öffentlichen Raum aber weder ein Instrument zur Erhöhung des subjektiven Sicherheit noch trägt es in irgendeiner Weise dazu bei, Kriminalität und Vandalismus zu verhindern.

Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gibt es keinerlei Anlass, eine Diskussion über Maßnahmen zu führen, die von der gesellschaftlichen Realität und insbesondere von den Gründen für in der Tat bedenkliche Tendenzen ablenken. Die Frage muss vielmehr lauten, wie Jugendliche zu stabilisieren sind, um Straffälligkeit zu verhindern. Dazu bedarf es aus unserer Sicht vor allen Dinge einer intensiveren Jugend- und Sozialarbeit in Schulen, auf den Straßen und Plätzen sowie einer Verbesserung des klientelorientierten Freizeitangebotes. Wenn überhaupt, sind dafür Mittel und Personal wichtig.



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Darüber hinaus ist unsere Fraktion gerne bereit, auch über eine Ausweitung von Ordnungs- und Sicherheitsmaßnahmen nachzudenken, wenn es konkrete Erfordernisse z.B: in den Stadtbezirken gibt. Auch die Ausweitung der Arbeit von Jugendkontaktbeamten der Polizei kann in Zusammenarbeit mit den in der Jugendarbeit Beschäftigten sinnvoll sein.